

## AUSWERTUNG DER ANTWORTEN DER GEMEINDERATSFRAKTIONEN ZU DEN WAHLPRÜFSTEINEN 2004

Der Gesamtelternbeirat der Stadt Pforzheim hat den Gemeinderatsfraktionen „Wahlprüfsteine“ vorgelegt, damit sich die Wählerinnen und Wähler vor den Kommunalwahlen genau über die bildungspolitischen Standpunkte der Fraktionen informieren können.

### **Hier die Auswertungen:**

Die Fraktionen messen der Bildung eines Kindes erste Priorität ( SPD, Grüne, FDP ) bzw. einen hohen Stellenwert (CDU) zu.

Hierzu ist für alle ein leistungsfähiges Schulangebot nötig; Für eine Stärkung des Bildungsbereiches sieht allein die FDP keine erforderliche Abstriche in anderen Haushaltsbereichen, da durch effizientere Strukturen wie z. B. Neuorganisation des Klinikums Gelder für den Bildungsbereich gespart werden könnten.

Die CDU möchte dort Abstriche machen, wo Projekte nicht nachhaltig oder nicht mehr notwendig sind.

SPD und Grüne werden konkret indem sie vor allem beim Straßenbau kürzen würden und kostenaufwendige Verschönerungen ( Emma-Jäger-Platz u.a.) einsparen würden („Bildung vor Beton“).

Mehr Schulbetriebsmittel möchte die SPD-Fraktion auch durch Wiedereinführung der Parkgebühren an Samstagen ( 250000 EUR p./a.) bereitstellen, während die CDU vor allem in der erfolgreichen sparsamen Haushaltung der Schulen finanzielle Ergänzung für erforderliche Anschaffungen sieht.

Auch Mittel für wirklich nötige neue Fachbücher, die durch die Bildungsreform 2004 erforderlich werden, möchten alle Fraktionen bereitstellen und schließen zudem pauschale Haushaltskürzungen nach der „Rasenmähermethode“ im Bildungsbereich aus.

Alle Gemeinderatsfraktionen sehen auch einen großen Sanierungsbedarf bei den Pforzheimer Schulen sowie erforderliche Neu- und Erweiterungsbauten, wobei klar ist, dass reine Schulsanierungen nicht vom Land bezuschusst werden und somit allein dem städtischen Haushalt anhängen. Nicht deutlich wurde, ob alle Parteien bereit sind, hierzu den Haushalt umzuschichten.

Auseinander gehen die Ansichten beim künftigen Unterricht an Gymnasien.

Der Gesamtelternbeirat und der Landeselternbeirat Baden-Württemberg erkundigte sich nach Möglichkeiten den erforderlichen Nachmittagsunterricht für die Schüler durch Aufenthaltsräume und evt. Mittagstisch erträglicher zu gestalten; Das baden-württembergische Kultusministerium sieht hier keinen Bedarf und stellt hierfür keine Mittel bereit.

CDU, SPD und Grüne nennen das Kepler-Gymnasium als beispielgebend. Dort hat die Stadt die Errichtung einer Cafeteria genehmigt.

### Kommentar:

*Allerdings ohne Geld dafür aufzubringen. Das nötige Personal muss ehrenamtlich von Eltern, bzw. vom Förderverein bereitgestellt werden. Die Kosten für die Errichtung der Cafeteria werden aus Fördermittel zu 90% vom Bund finanziert. Die restlichen 10%, die normalerweise die Kommune übernimmt, muss aber von den Eltern im Keplergymnasium, die sich in einem Verein zusammengeschlossen haben, bereit gestellt werden.*

Weitere Gymnasien könnten so ausgestattet werden, wobei die SPD-Fraktion Priorität bei den Stadtrandeinrichtungen sieht und die Grünen zudem Vereine einbinden möchten.

Kommentar:

*Hier scheinen Wunsch und Wirklichkeit auseinander zu klaffen. Die Kommune wird, wie beim Keplergymnasium kein Geld zur Verfügung stellen und der Fördertopf des Bundes ist erschöpft. Veränderungen in den anderen Gymnasien müssen dann zu 100% von den Eltern finanziert werden.*

Für die FDP besteht hier keine Notwendigkeit für zusätzliche räumliche Ausstattungen, da auch beim achtjährigen Gymnasium maximal um 14 Uhr Unterrichtsende sein könnte; Zusätzliche Ganztagesangebote im Grund- Haupt und Gymnasialbereich sind jedoch nötig, lassen sich aber kurzfristig nicht realisieren.

Auch die CDU hält eine erforderliche Ausweitung des Betreuungsangebots an Schulen – aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel der öffentlichen Hand - nur in kleinen Schritten für möglich.

Die SPD-Fraktion setzt auf die Zusammenarbeit mit der VHS bzgl Ausweitung des Betreuungsangebots an Grund- und Hauptschulen mit Kostenbeteiligung der Betroffenen unter Anwendung des von der SPD geschaffenen Pforzheim-Passes.

Die Grünen halten die Kooperation VHS – Schule nicht für optimal und möchten mehr „Ganztageseinrichtungen aus einem Guss“.

Festzuhalten bleibt, dass generell mehr Ganztagesesschulen in Pforzheim gewünscht werden: CDU, SPD und FDP wollen diese Einrichtungen als Ergänzung nach Bedarf bzw. in sozialen Brennpunkten schaffen, für die Grünen ist die Standortfrage sekundär.

Erfreulich auch, dass alle Gemeinderatsparteien hinter der Schulsozialarbeit stehen und auch mit einer möglichen Ausweitung rechnen.

Auch bei der Schülerbeförderung gibt es kaum abweichende Meinungen: Einhellig wird an der momentanen Zuschussregelung festgehalten.

Kommentar:

*Der Gesamtelternbeirat hat da aber seine Zweifel. Schüler sind zweifelsfrei die größte Kundengruppe im öffentlichen Nahverkehr und ohne die Schülermonatskarten mit den dazu gehörenden Landeszuschuss in nicht unerheblicher Höhe würde der ÖPNV sicher ein finanzielles Problem mehr haben. Die Erhöhung der Schülermonatskarten in der jüngsten Vergangenheit, bringt die Gefahr mit sich, dass damit die Zuschussrichtlinien verändern, z.B. die bezuschusste Entfernung zur Schule erhöht wird. Weiter ist die Diskussion um die Veränderung der Schulanfangszeiten auf Grund der Veränderung des Busfahrplans mit dem Ziel von Einsparungsmaßnahmen nicht vom Tisch, sondern nur hinausgeschoben, was ein Gespräch des Gesamtelternbeirats mit den Städtischen Verkehrsbetrieben ergab.*

Nur für die Grüne Fraktion kommt eine Anpassung der Schulöffnungszeiten an den Busverkehr zwecks möglicher Kosteneinsparung nicht in Frage.

Da der Gemeinderat keinen Einfluss auf Unterrichtsausfall und Lehrermangel hat - dies fällt in den Zuständigkeitsbereich des Landes - äußerten sich die Stadträte hierzu zurückhaltend und drückten nur ihr Missfallen bzw. Besorgnis aus, wiesen aber auch auf die angespannte Haushaltsslage hin.

Der Gesamtelternbeirat Pforzheim hat auf seiner Homepage [www.geb-pforzheim.de](http://www.geb-pforzheim.de) einen Extramenupunkt hierzu, wo jeder Unterrichtsausfall notiert werden kann, der somit flächendeckend erfasst wird.

Kommentar:

*Der Gesamtelternbeirat Pforzheim bedankt sich bei den Fraktionen des Gemeinderates für ihre Unterstützung. Es wird in Zukunft sicher im Rahmen der Einsparungsmaßnahmen viele offene Fragen geben, die kontrovers diskutiert werden müssen. Der Gesamtelternbeirat hofft,*

*dass dabei nie vergessen wird, dass die Bildung unserer Kinder höchste Priorität besitzt. Besonders nach PISA kann es sich eine Stadt wie Pforzheim nicht leisten im Bereich Schule und Bildung Einsparungen vorzunehmen. Im Gegenteil müssen im Rahmen des neuen Curriculum angemessene Investitionen getätigt werden, die eine erfolgreiche und chancengleiche Bildungsmöglichkeit gewährleisten. Der Gesamtelternbeirat Pforzheim wird hierauf ein wachsames Auge haben.*

gez. Sabine Zeitler  
Hartmut Wagner  
(Gesamtelternbeirat Pforzheim)